

THEMA

REGARDS

KLIMAFREUNDLICH HEIZEN

Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen

Joël Adami

In 25 Jahren müssen alle fossilen Heizungen in Luxemburg durch nachhaltige Alternativen ausgetauscht sein. Die Regierung scheint die nötige Wende jedoch zu verschlafen.

Seit Israel und die USA den Iran angreifen, steigen weltweit die Preise für Öl. In Europa ist der Winter, und damit die Heizperiode, zwar bald vorbei, sodass sich viele Besitzer*innen einer entsprechenden Heizung zumindest akut nicht allzu viele Sorgen machen müssen, dass es bei ihnen kalt bleibt. Die Sperrung der Straße von Hormus und der Stopp der Flüssigerdgasproduktion aus dem Katar zeigt jedoch, wie abhängig wir von fossilen Energien sind – vor allem beim Heizen.

Die Umweltorganisation „Mouvement écologique“ (Méco) fordert dringend eine Regierungsstrategie, um die sogenannte „Wärmewende“ zu begleiten. Damit ist der Umstieg von gas- und ölbetriebenen Heizungen hin zu Wärmepumpen oder Fernwärmenetzen gemeint. Am vergangenen Freitag stellte die NGO einen Elf-Punkte-Plan vor. Dieser besteht aus Vorschlägen an die Regierung, damit der Umstieg gelingen kann. „Unsere wichtigste Forderung ist: Die Regierung muss eine klare Botschaft senden, dass die Wärmewende kommt und oberste Priorität ist. Sie muss deutlich machen, was ihre Strategie ist und wie das Timing ist“, betonte Méco-Präsidentin Blanche Weber während der Pressekonferenz.

Unabhängigkeit fördern

Aktuell werden etwa 70 Prozent der Haushalte Luxemburgs mit Erdgas oder Öl geheizt, wie eine Analyse des Statistikinstitutes „Statec“ im Rahmen des nationalen Energie- und Klimaplan (Pnec) zeigt: Etwas weniger als die Hälfte heizt mit Gas, rund ein Viertel mit Heizöl. Knapp unter 20 Prozent benutzen Strom zum Heizen – in den meisten Fällen über eine effiziente Wärmepumpe. Die Technologie gilt als künftiger Standard beim Heizen. Eine andere Möglichkeit ist ein Anschluss an ein Fernwärmenetz, was in Luxemburg jedoch selten ist – sodass das Statec keine genauen Zahlen hierzu hat. Dafür gibt es Daten zum Endenergieverbrauch in Luxemburg, auch für private Haushalte.

Seit 2001 – davor gab es „Wärme“ als Kategorie nicht – ist der Verbrauch dieser Art Energie die letzten Jahr-

zehnte leicht gestiegen, von damals einem Terajoule (TJ) auf 380 TJ. Auch das Heizen mit Gas ist eine relativ neue Entwicklung. Erst 2009 hat Erdgas das Heizöl als meistgenutzte Energiequelle im Großherzogtum überholt. Ab diesem Jahr ist der Gasverbrauch gestiegen und der von Heizöl gesunken – zumindest bis vor Kurzem. Seit 2017 wird weniger Gas verbraucht, 2024 wurde wieder das Niveau von 2009 erreicht. Der Trend zeigt also tendenziell in die richtige Richtung, wobei der Verbrauch von Heizöl in den letzten Jahren jedoch wieder etwas gestiegen ist. Über das letzte Vierteljahrhundert hat sich am Einsatz von Strom oder Biomasse kaum etwas verändert – einen leichten Trend nach oben gab es. Feste Brennstoffe wie Kohlebriketts spielen hingegen kaum noch eine Rolle.

Woher das Gas kommt, das in Luxemburg verbrannt wird, ist nicht so einfach herauszufinden. Seit 2023 wird laut der offiziellen Statistik kein russisches Gas mehr importiert. Für das Jahr 2024 gab es nur vier Importländer: Norwegen, die Niederlande, Belgien und Frankreich. Mit Ausnahme von Norwegen handelt es sich demnach vor allem um Flüssiggas, das von überall stammen kann – ob aus dem Katar, der nun seine Gasexporte gestoppt hat oder aus Fracking aus den USA, wo die lokale Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung aufs Spiel gesetzt wird („Gasversorgung: Bittere Alternativen“; woxx 1696). Der Méco betont in seinem Plan, dass immer noch rund 20 Prozent der Gasimporte in die EU aus Russland stammen. Bis Oktober 2027 soll damit endgültig Schluss sein.

Umso dringender wäre es, nicht nur die Bezugsquellen umzustellen, sondern sich aus der Abhängigkeit davon zu lösen. Immerhin steht da noch ein riesiger Elefant im Raum: die Klimakrise. Will das Großherzogtum sein Ziel, bis 2050 klimaneutral zu sein, erreichen, müssen in den nächsten 24 Jahren alle noch vorhandenen fossilen Heizungen ersetzt werden. Der Méco sieht die Gefahr, dass die Regierung dies verschläft und die notwendigen Schritte erst zu spät setzt. Im Energieministerium gebe es zu wenig Personal, das sich um die Wärmeplanung kümmert, und man setze einseitig auf Freiwilligkeit und Subventionen, so die Kritik.

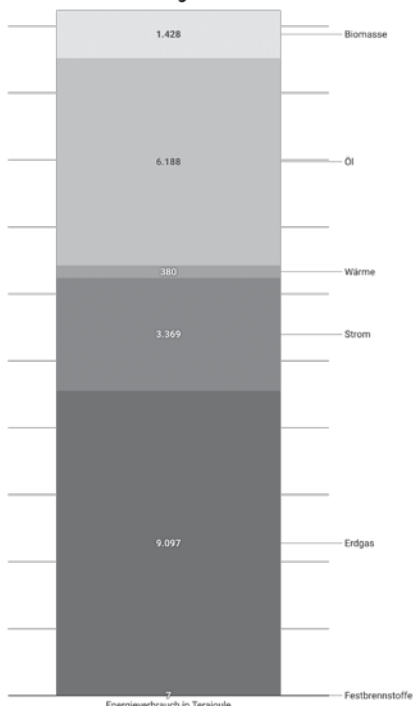
Ein erster Schritt könnte die Erstellung eines nationalen Wärme- und Kälteplans sein. Einen solchen muss die Regierung ohnehin erstellen, wie die europäische Energieeffizienzrichtlinie der EU vorgibt. Die EU verpflichtet auch alle Gemeinden mit mehr als 45.000 Einwohner*innen, bis 2030 eine kommunale Wärmeplanung aufzustellen – aktuell ist davon also nur Luxemburg-Stadt betroffen. Für den Méco soll ein solcher Plan in erster Linie jene Zonen festlegen, in denen Fernwärme sinnvoll ist und jene, in denen alle Bürger*innen eine individuelle Lösung – in den meisten Fällen wohl eine Wärmepumpe – finden müssen.

Verortung und Verantwortung

„In einem Wärmeplan soll zuerst eine Bestandsaufnahme gemacht werden: Wie viel Wärme brauchen wir, was sind unsere Quellen? Neben Wärmepumpen und Fernwärmenetzen kann je nach den lokalen Begebenheiten auch auf Geothermie gesetzt werden“, so Mark Krier, Energieexperte beim Méco auf der Pressekonferenz. Auch wenn Gasnetze sich nicht für die Verteilung von Wärme eignen, so könnte man dennoch vom technischen Know-how profitieren: „Die Firmen und Organisationen, die heute Gasnetze betreiben, werden irgendwann nicht mehr gebraucht – aber sie könnten Wärmenetze bauen und betreiben. Doch diese Transition muss geplant werden“, so Krier.

In ihrem Forderungspapier betont die Umweltschutz-NGO deshalb, dass die Wärmeplanung eng mit der Landesplanung verknüpft ist: Welche Ortschaften dürfen wie wachsen und wo können sich Industrien ansiedeln? Der Méco wünscht sich, den nationalen Wärmeplan noch dieses Jahr zu sehen. Beim Wirtschaftsministerium ist man jedoch eher wortkarg: Die EU-Direktive gebe die Richtung vor. „Aktuell arbeitet die Regierung an der Umsetzung“, so die knappe Antwort einer Sprecherin auf eine Nachfrage der woxx, ob es bereits erste Details dazu gebe. Im Koalitionsabkommen versprach die Regierung einen sogenannten Wärmekataster, um die Erzeugung und den Bedarf von Wärme zu verorten. Ein solcher existiere bereits, gibt das Wirtschaftsministerium an: „Er wird von der ‚Klima-Agence‘ geführt.“

Wie heizen Luxemburger Haushalte?



Erstellt mit Datawrapper

GRAFIK: WOXX/JA

Die österreichische Hauptstadt
Wien hat Müllverbrennung und
Fernwärme kombiniert.
Das Gebäude dieser Anlage
wurde vom Künstler Friedensreich
Hundertwasser gestaltet.

Aus datenschutzrechtlichen Gründen gibt es nur einen limitierten Zugang, zum Beispiel können Gemeinden diesen anfragen.“

Soziale Wärme

„Gas und Öl werden immer teurer. Wir sehen es als soziale Aufgabe des Staates, seine Bürger vor den steigenden Preisen zu schützen“, betonte Méco-Präsidentin Blanche Weber. Bisher war Fernwärme in Luxemburg stets teurer, als mit Gas oder Öl zu heizen. Die Preisentwicklung der letzten Jahre mag auch nicht unbedingt optimistisch stimmen: Als 2022 alle Energiepreise stiegen, stieg auch der Preis der Fernwärme. Allerdings ist absehbar, dass fossile Brennstoffe teurer werden. Würde Abwärme aus industriellen Prozessen, die ohnehin entsteht, konsequent genutzt, könnte das die Preise drücken. Eine große Wärmepumpe in der Gemeinde arbeitet auch effizienter als Hunderte kleine.

Wer auch immer ein Fernwärmenetz betreibt, wird ein sogenanntes „natürliches Monopol“ haben, beschreibt der Méco. Die NGO stellt in diesem Zusammenhang viele Fragen dazu, wie der Staat damit umgehen soll und fordert eine stärkere Einbindung des „Institut luxembourgeois de régulation“, das den Energiemarkt überwachen soll. Auch bei der Frage, wer bei der Umsetzung von Wärme- und Kältenetzen welche Verantwortlichkeiten übernehmen soll, will der Méco vor allem, dass die Regierung in näherer Zukunft eine Entscheidung trifft. Die bevorzugte Lösung der Umweltorganisation ist aber klar: eine nationale Wärmegesellschaft. Es spreche wenig dafür, die Wärmeversorgung in private Hand zu geben – und viel dafür, eine kommunale oder staatliche Versorgung aufzubauen. Im Koalitionsabkommen gab es auch zu diesem Punkt ein eher vages Versprechen: Die Schaffung einer „société nationale relative à la gestion et à l'établissement de réseaux de chaleur en conformité avec le droit de la concurrence.“ Aktuell arbeite man mit externen Expert*innen an der Analyse, hieß es auf Nachfrage der woxx aus dem Wirtschaftsministerium.

Auch in einem anderen Punkt fordert der Méco entschlossen: Industriebetriebe sollen künftig dazu verpflichtet werden, ihre Abwärme für Fernwärmenetze zur Verfügung zu

stellen. Als Beispiele wird die Produktion von Stahl und Zement, aber auch der Betrieb von Rechenzentren genannt. „Die Ansiedlung von Google ist ein gutes Beispiel – da muss man natürlich verhandeln, wer welche Kosten übernimmt und was die Wärme kostet. Noch gibt es dafür keinen legalen Rahmen, und das muss sich ändern,“ sagte die Präsidentin Weber.

Die Regierung trödelt

Während der Méco drängelt, sieht die Regierung die Sache jedoch eher gelassen. Der Ausstieg aus fossiler Heizenergie war einer jener Punkte, bei dem die CSV-DP-Regierung Änderungen im nationalen Energie- und Klimaplan vorgenommen hatte. Premier Luc Frieden (CSV) zeigte sich gar richtig stolz darauf und hob dies als große „Errungenschaft“ hervor. Ein Verbot des Einbaus neuer Öl- und Gasheizungen in bestehende Gebäude ist demnach nicht mehr vorgesehen. Die

blau-rot-grüne Regierung hatte sich diese Möglichkeit im vorherigen Pnec noch offen gehalten, sollten die Emissionen im Gebäudesektor sich nicht wie erwartet entwickeln („Nationaler Energie- und Klimaplan: Verschlimmbesserung“, woxx 1797).

Subventionen und Sensibilisierung sind weiterhin vorgesehen, doch was passiert, wenn sich 2045 jemand eine Ölheizung einbaut und diese bis nach 2050 betreiben will, ist unklar. „Ziel ist es, bis 2050 in Gebäuden keine Gas- oder Ölheizungen mehr zu haben. Deswegen setzt die Regierung die Maßnahmen aus dem Pnec konsequent um“, so eine Sprecherin des Wirtschaftsministeriums gegenüber der woxx – unsere konkreten Fragen wollte man nicht beantworten. Dabei ist die Regierung mit Betrieben nicht unbedingt so zimperlich: Für Gebäude, deren Nutzfläche größer als 1.000 Quadratmeter ist, ist im Pnec eine Pflicht zur Dekarbonisierung vorgesehen. Jede Heizung, die älter als fünf

Jahre ist, soll innerhalb von vier Jahren ausgetauscht werden müssen. Allerdings heizen Betriebe lediglich zu 62 Prozent mit Gas oder Öl – der Privatsektor ist den Haushalten also um einiges voraus. Laut dem Pnec soll die „Wärmewende“ hier bereits 2040 abgeschlossen sein.

Der Ansatz der Regierung ist klar: Vor allem Haushalte sollen möglichst nicht gezwungen, sondern sanft und mit vielen Subventionen dazu gebeten werden, ihre fossilen Heizungen loszuwerden. Bisher lässt sich dabei wenig Tempo erkennen – vielleicht auch, weil das Thema im Nachbarland Deutschland sehr emotional diskutiert wurde. Doch je länger gezögert wird, umso schwieriger und teurer wird die Umstellung. Leidtragende davon werden insbesondere all jene Menschen sein, die nicht über ihre eigene Heizung verfügen können, weil sie zur Miete wohnen und dem Gutdünken der Hausbesitzer*innen ausgesetzt sind.



FOTO: © C. STADLER/BWAG; CC-BY-SA-4.0